

Rändern geöffnet werden, sie sollen gesperrt bleiben für die Einfuhr aus anderen Ländern, so vor allem für die Einfuhr aus Russland, das am leichtesten imstande wäre, Schlachttiere, ganz besonders Schweine zu liefern. Auch hier hat die Grenzsperrung ausschließlich den Zweck, die Konkurrenz abzuwehren. Man gestattet die Einfuhr von Schweinen, aber nur nach ein paar Schlachthäusern in Oberschlesien und nur in der Höhe von 2500 Stück wöchentlich, die ganze, lange Grenzstrecke bis nach Memel hinauf bleibt hermetisch verschlossen. Wenn ohne Gefahr 2500 Borstentiere herüber dürfen, warum nicht 5000, nicht 10 000? wenn die Lieferung nach den ober-schlesischen Schlachthäusern keine Gefahr für die Einschleppung von Seuchen bedeutet, warum nicht auch die Lieferung nach allen Städten längs der Grenze, nach den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen? Es wird behauptet, Russland liefert nicht einmal jenes zulässige Kontingent von 2500 Stück. Das ist eine leere Ausflucht. Die Landwirte in dem ganzen Gebiete längs der Grenze können nicht nach Oberschlesien liefern, denn das bedeutet einen Transport von vielen hundert Kilometern, wobei noch dazu in Russland das Eisenbahnnetz so ungenügend ist, daß kolossale Umwege gemacht werden müssen. Nehmen wir die Stadt Thorn: ihr gegenüber liegt jenseits der Grenze das fruchtbare Kujawen, das massenhaft Schweine liefern kann, doch sie dürfen nicht herüber; wollten aber die kujawischen Landwirte nach Oberschlesien liefern, so müßten die Tiere an 500 Kilometer weit transportiert werden, im weiten Bogen durch ganz Russisch-Polen; das geht nicht, es ist zu teuer.

Indem die Regierung die Einfuhr von Vieh aus Frankreich und Dänemark gestattet, anderen Ländern gegenüber aber die Grenzsperrung aufrecht erhält, beweist sie nur von neuem, daß diese Grenzsperrung eine Schikane ist, ein Mittel, die Fleischpreise künstlich hoch zu halten zugunsten der Agrarier. Sie beweist ferner, daß es ihr nicht um die Bekämpfung der Fleischnot zu tun ist, sondern nur um ein Mandat zur Täuschung der Bevölkerung, um ein Wahlmandat.

Ferner bequemt sich die Regierung dazu, ein klein wenig die Einfuhr zu erleichtern, aber sie will die Zölle auf Vieh dabei aufrecht erhalten. Diese Zölle sind rasend hoch, sie betragen annähernd 25 bis 30 Prozent des Wertes, folglich wird das eingeführte Vieh enorm verteuert.

Schließlich ist auch jetzt noch die Regierung nicht geneigt, die Einfuhr von Fleisch aus Amerika zu ermöglichen, während dies, wie das Beispiel Oesterreichs zeigt, das erfolgreichste Mittel ist, der Fleischnot zu steuern.

Gegenüber diesen Scheinkonzessionen und Wahlmandat der Regierung muß um so schärfer der Ruf nach Abhilfe der Fleischnot erschallen. Die Mittel dieser Abhilfe sind:

1. Öffnung aller Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Beobachtung der wirklich notwendigen Maßregeln gegen etwaige Seuchengefahr.
2. Zulassung der Einfuhr von Fleisch aus Amerika.
3. Aufhebung der Viehzölle und der Fleischzölle.
4. Aufhebung der Zölle auf Futtermittel.

## Moabit.

Berlin, 22. November.

Auch heute gab es Scherben; was die gestrigen Aussagen der Genossen Fischer und Werner zerschlagen hatten, das wurde heute durch die Befundungen der Genossen Ebert, Roßten, Strobel u. a. mehr völlig zermalmt. Es sind Selbstverständlichkeiten, was diese Zeugen den Richtern vorzuzugeln, Selbstverständlichkeiten, die nicht bloß jeder Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, sondern selbst der Bürgerliche, der nur einige Kenntnisse von der Arbeiterbewegung hat, sich längst an den Schuhsohlen abgelaufen hat. So die Erklärung, daß die Sozialdemokratie nicht der unsinnigen Meinung ist, durch Putz- und lächerliche Straßentravalle, durch unvernünftige Gewalttaten gegen Staatsorgane und Eigentum die politische Macht erobern zu können, so die andere, daß die Gewerkschaften die Arbeiter nicht zu Streiks zwingen, sondern

faselte, und wenn ich unten war, starrte er mich an mit seinen roten Augen und dem grauotigen Haar, daß mir ganz bange wurde, obwohl ich doch an ihn gewohnt war. Als wir dann wieder einmal die Vormittagswache bezogen, begehrte er mitten bei Tage eine Flasche von mir. Dann sprach er erst am nächsten Morgen wieder mit mir, wo er verlangte, ich solle die Kajütenfenster gut nachsehen. Im Lauf des Nachmittags mußte ich den Schwapper hervorholen und in allen Ecken legen, die die reinen Fliegen-netzer waren, wie er behauptete. Und dann wollte er gar, ich sollte unten bei ihm schlafen; er bot mir einen blauen Taler dafür. Was soll ich armer Schiffsjunge machen? Will er es nicht für den Taler tun, muß er es ohne ihn tun! . . . Aber diese Nacht vergesse ich nicht! Ich wurde plötzlich geweckt und sah ihn mit verstörtem Gesicht vor mir stehen. — „Rils! . . . Rils! . . . Wist du was? Siehst du nicht . . . dort beim Tisch . . . das Weiße? . . . Er zeigte auf das Barometer. „Jetzt . . . jetzt streckt er den Arm aus . . . wenn er bloß nicht wieder nach der Uhr zeigt!“

„Es ist ja gar nichts da, Kapitän!“

„Wirklich nicht? Einen Taler sollst du haben . . . hi hi!“ Jetzt steht er mitten im Raum, ganz schwarz von Fliegen. Da . . . weg ist er! . . . Er sah aus wie ein Bißhaken, du!“ lachte er, . . . das nennen wir im Schlaf jehen! . . . hm! . . . hm! . . . es geht wie ein Kielwasser von Meerleuchten hinter ihm her vom Kajütenfenster aus. Da guck doch, die hellen Streifen, die er auf dem Fußboden hinterlassen hat. „Jetzt schlaf ein, Junge!“

„Rils! Rils!“ weckte er mich wieder, „sieh doch die Kajütenfenster ordentlich nach — alle beide! siehst du nichts? — wie einen nackten Arm aus jedem heraus — nein, mehr als nackt ist er . . . Hu! . . . Wenn er bloß nicht auf die Uhr zeigt! . . . fünf Minuten auf halb drei war's heute nacht wieder, ich sah ganz deutlich beim Licht seines Fingers die Minutenpunkte auf der Scheibe.“

Die Taschenuhr hing an der Seite des Tisches, die ihm zunächst war, so daß er die Uhr greifen konnte, und ich unterhielt mich beim Lampenlicht das weiße Ziffernblatt,

vielmehr bei Lohnkämpfen nur die Beauftragten, ausführende Organe des Willens der Arbeiter sind. Aber wenn Herr Lieber heute der Verteidigung ironisch bemerkte, daß neunzehntel des Verhandeltens für das Gericht ganz unerheblich sei und nur der Zwang der Strafprozessordnung es bewege, alle diese Dinge anzuhören, so ist dazu zu bemerken, daß die Verteidigung durch die Anklage gezwungen ist, diese der eigentlichen Sache allerdings ziemlich fernliegenden Thematika zu erörtern. Und es kennzeichnet den Tiefstand der deutschen Justiz, daß es, wie eben die Anklageschrift zeigt, nicht einmal möglich ist, den Vortrag solcher Selbstverständlichkeiten zu unterlassen. Wenn die Schatzmacherfabel durch die Staatsanwaltschaft als Beweismaterial in den Gerichtssaal geschleppt wird, so muß sie doch auch zerlegt werden.

Aus den übrigen Zeugenaussagen ist die des Geschäftsführers der Firma Kupfer u. Co. hervorzuheben. Einmal, weil sie die ganze Begriffsstärke des Durchschnittskapitalisten vor den Äußerungen der Arbeiterbewegung zeigt — Herr Buschmeier kann z. B. die dem vom Gefühl der Solidarität durchdrungenen Arbeiter einfach selbstverständliche Tatsache nicht begreifen, daß besser-gestellte Arbeiter, die von einem Lohnkampf für sich selbst nichts mehr zu erwarten haben, um ihrer schlechtergestellten Kollegen willen daran teilnehmen. Zweitens aber, weil sie einen ganz interessanten Einblick in die Geschäfte des Herrn Stinnes gewährte und der Verteidigung die Gelegenheit gab, an den eigenen Aussagen des Stinnes-schen Vertreters zu zeigen, wie unbedeutlich die Unternehmungerschaft ihren Vorteil wahrnimmt, während sie dem Arbeiter den Lohnkampf schwer verdenkt.

Herr Buschmeier wußte vielerlei Ungünstiges für die Streikenden und die Angeklagten zu erzählen, was er von Dritten gehört hatte; als aber eine dieser Angaben — der Lagerverwalter eines Kupferseher Kohlenhofs sollte während des Streiks von allen seinen Lebensmittel-lieferanten boykottiert worden sein — bewiesen werden sollte, da stellte sich heraus, daß eine große Uebertreibung vorlag. Die Lieferanten hatten dem Mann nur die Her-gabe von Waren über seinen persönlichen Bedarf hinaus verweigert, weil sie vermuteten, daß diese für die Streik-brecher bestimmt seien.

### Behuter Tag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird beschlossen, den Angeklagten Jolichow aus der Untersuchungshaft zu entlassen, weil seine Mutter gestorben ist.

Die Sitzung beginnt mit der Vernichtung des Zeugen Ebert, Mitglied des Vorstands der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auch dieser Zeuge soll Auskunft geben über die angebliche

Verbindung der Partei mit den Moabiter Straßennunnen.

Er sagt, er habe erst durch die Zeitungen Kenntnis von den Vorgängen erhalten. Die Parteileitung habe keine Veranlassung gehabt, Maßregeln wegen Unruhen zu treffen, weil sie Grund hatte anzunehmen, daß sich kein Parteigenosse daran beteiligt hat. Die Sozialdemokratie hat, so lange sie besteht, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie Gewalttätigkeiten verwerfe. Eine Reihe von Fragen der Verteidiger beantwortet der Zeuge dahin: Wenn von seiten der Partei aus Anlaß der Vorgänge auf dem Wedding ein Flugblatt herausgegeben wurde, so geschah es deshalb, weil die Moabiter Vorgänge von der bürgerlichen Presse ohne Grund gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt wurden. Ausschreitungen, wie sie in Moabit vorgekommen sein sollen, hat die Partei stets verurteilt, weil sie nicht ihren, sondern nur den Interessen der Gegner dienen und

nur den Gegnern erwünscht sind. Uns sind solche Ausschreitungen schon deshalb unerwünscht, weil solche schon in früheren Jahren von unsern Gegnern zum Vorwand genommen sind, um die Regierung zu gesetzgeberischen Vorschlägen gegen die organisierten Arbeiter zu bewegen. Auch jetzt werden die Moabiter Vorgänge von konservativen und national-liberalen Zeitungen in derselben Weise ausgenutzt. Ramentlich wird ein Verbot des Streikpostens-trechens gefordert. — Vorl.: Sind Sie sicher, daß alle Mitglieder Ihrer Partei die Gewalttätigkeiten ebenso verurteilen wie Sie? — Ebert: Ich kann nicht wissen, was vielleicht der eine oder andere Parteigenosse denkt. — Vorl.: Ich frage auch nicht nach Gedanken, sondern ob etwas Derartiges gesprochen worden ist. — Ebert: Für die Partei sind das Programm und die Parteitagbeschlüsse maßgebend. Diese verwerfen die Gewalt. In dieser Hinsicht denkt die radikale Rich-

„Schmidtschnad! sagen wir, nicht wahr, Rils? und du verdienst deinen Taler, mein Junge! Schmidtschnad! Schmidtschnad!“ schwachte er weiter, bis er sich plötzlich laut unterbrach: „Ich glaube, die Uhr sagt auch zu mir: Schmidtschnad . . . sagt sie das nicht . . .?“

„Rils! Rils!“ schrie er wieder, und starrte entsetzt vor sich hin. . . . „Da steht er ja schon wieder mit der ausgestreckten Hand! Fünf Minuten auf halb drei. Ja ja — ja, ich sehe es. Da nicht kein Taler, Rils! Jetzt ist der Bißhaken fort; aber wenn wir nächstesmal versuchen, ihn zu pstrangen, ist er wieder da; verlaß dich drauf. Der läßt uns nicht so leichten Kaufs vorbei, der Kerl. Er will etwas von uns. Er hat es mit Seeräubern gefaselt und der Kirche unrecht Gut zugewendet, sagen sie, darum ist er verdammt, da draußen umzugehen . . . Hi hi hi! Ich nehme die Kette ab und schmeiße die Uhr in die See und“ — er erhob sich plötzlich in der Höhe; sein Gehör schien ungeheuer scharf. — „O Rils, horch doch, was sie da oben auf Deck rennen und schwagen; lauf wie du bist.“

Sie hatten weit drinnen auf Lee Bug große Klippen gesehen.

Als ich wieder hinabkam, sah Kapitän Sivertsen schon halb angekleidet auf der Kojeante. Bei der Meldung blieb er sitzen und wippte mit dem Stiefel.

„So ja! . . . das hat er also diesmal gemeint.“ nicht er, aber kurz darauf war er oben auf Deck und übernahm so frisch das Kommando, als habe er die ganze Zeit nichts andres getan, als aufgerastet. In diesem Tage kam kein Tropfen mehr in seinen Mund, das kann ich bezeugen, und ein besserer Seemann bei Wettergefahr als der alte krummrückige Sivertsen hat niemals eine Schiffsplante getreten. Der Wind legte sich wieder des Nachmittags, und der Kapitän ging umher in dem braunen Rock und den großen Stiefeln, das Fernglas unterm Arm, und zieb sich die Hände.

„Heut abend rücken wir ihm zu Leib, Bootsmann! Heute abend, Bootsmann!“

(Fortsetzung folgt.)

tung in der Partei ebenso wie die revisionistische. Insbesondere ist auch auf den Parteitag, wo über den Massenstreik verhandelt wurde, von allen Seiten betont worden, daß auch bei Anwendung des Massenstreiks nur gefällig verfahren und jede Ausschreitung vermieden wird. — Auf weitere Fragen der Verteidiger antwortet der Zeuge: Bei unsern

### Wahlrechtsdemonstrationen

haben wir Vorkehrungen getroffen, um etwaige Ausschreitungen von vornherein unmöglich zu machen. Das geschah deshalb, weil die gegnerische Presse geschrieben hatte, es werde zu Unruhen kommen, und weil auch bei jener Gelegenheit versucht wurde, das gegen meine Partei auszunutzen. Die erwachsenen Parteimitglieder wirken auch auf die Jugend erzieherisch ein, besonders werden die jungen Leute vom Alkoholgenuss, vom Herumtreiben auf der Straße ferngehalten und gesucht, sie flüsterischen Genossen sowie Bildungsbestrebungen zuzuführen. — Rechtsanwalt Seine: Ist Ihnen bekannt, daß vor dem Reichsvereinsgesetz eine politische Jugendorganisation bestand, die in diesem Sinne wirkte, aber nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes geschlossen werden mußte? — Zeuge: Das ist richtig. Auch in neuester Zeit tritt die Polizei, besonders in Berlin und den Vororten, den Jugendbildungsbestrebungen der Sozialdemokratie entgegen. Epistel haben sich in die Versammlungen der Jugendlichen eingeschlichen und sie der Polizei denunziert.

Zeuge Umlauf, Abteilungsführer im 6. Wahlkreise, be-stätigt ebenfalls, daß

die Partei mit den Straßenvorgängen nicht in Verbindung steht, insbesondere hat der Vorstand des Wahlvereins sich nicht damit beschäftigt, was doch hätte geschehen müssen, wenn die Parteiorganisation die Unruhen gewollt oder geleitet hätte. Ich selbst — sagt der Zeuge — habe von den Straßenvorgängen erst durch die Zeitung etwas erfahren und bin ihnen in großem Bogen aus dem Wege gegangen. — Rechtsanwalt Seine: Glauben Sie, daß unter den Parteigenossen in Moabit Stimmung war, sich einmal mit der Polizei heranzusetzen? — Zeuge: Das ist gänzlich ausgeschlossen. — Rechtsanwalt Dr. Sohn: Waren nicht die Mitglieder des Wahlvereins ungehalten darüber, daß der Vorwärts erst später wie die bürgerlichen Zeitungen von den Unruhen etwas erfahren hat und deshalb erst später darüber berichten konnte? — Zeuge: Das ist richtig.

Heinrich Ströbel, Redakteur des Vorwärts, wird zu demselben Beweisthema vernommen. Er sagt unter anderem: Wenn die Partei in irgendeiner Weise an den Unruhen beteiligt gewesen wäre, dann hätte der Vorwärts als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei doch in erster Linie etwas davon erfahren müssen. Ich weiß, daß die Partei an der Inszenierung von Unruhen nicht beteiligt war. Der Vorwärts hat von den Straßenvorgängen in Moabit erst Kenntnis erhalten durch die polizei-offiziösen Berichte der bürgerlichen Presse. Erst, nachdem wir auf diesem Wege von den Vorgängen in der Nacht zum 27. September Kenntnis erhalten hatten, haben wir am 27. einen eigenen Berichtsheft nach Moabit geschickt. Die Bekanntmachungen des Transportarbeiterverbandes, in denen gesagt wird, daß die Streikenden „mit allen Mitteln“ ihre Forderungen durchzusetzen suchten, kann natürlich nur so verstanden werden, daß

alle gesetzlichen Mittel gemeint sind. Wenn damit an Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gedacht werden sollte, dann hätte die Redaktion den Artikel zurückgewiesen.

Vom Verteidiger wird darauf hingewiesen, daß die Staatsanwaltschaft gewisse Schlussfolgerungen daraus zieht, daß ein Extrablatt des Vorwärts mit einer Warnung vor Ausschreitungen aus Anlaß der Unruhen am Wedding herausgegeben wurde, aber nicht bei den Moabiter Unruhen. — Der Zeuge sagt dazu: Die Vorgänge in Moabit wurden von der bürgerlichen Presse in der struppellosesten Weise gegen unsere Partei und gegen die organisierten Arbeiter ausgenutzt. Das war der Grund, weshalb wir, als sich am Wedding ähnliche Dinge vorbereiten schienen, das Flugblatt herausgaben. Ich bin überzeugt, daß sich organisierte Arbeiter und Parteigenossen an Ausschreitungen, soweit solche vorgekommen sein sollten, nicht beteiligt haben. In dem Flugblatt wurden die organisierten Arbeiter aufgefordert, dahin zu wirken, daß auch andre, an die unsere Warnung nicht herankommt, sich an den Ansammlungen auf der Straße nicht beteiligen. Aus Anlaß der Moabiter Vorgänge haben wir kein Flugblatt herausgegeben, weil wir erst am 27. von den Ausschreitungen Kenntnis erhielten und diese Ausschreitungen den Zeitungsredaktionen zufolge vom Janhagel bezogen worden sind, der ja den Vorwärts nicht liebt, von uns also nicht beeinflusst werden kann. Am 27. und 28. handelte es sich meiner Ueberzeugung nach nicht um Unruhen, die das Publikum verursacht hat, sondern um

grundlose Attacken der Polizei auf das Publikum.

Das ist uns von Augenzeugen mitgeteilt worden. Wir hatten doch keine Möglichkeit, Exzesse zu verhindern, die nicht vom Publikum ausgingen. Die Exzesse wären vermieden worden, wenn sich die Polizei zurückgehalten hätte. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Die Anklageschrift steht auf dem Standpunkt, daß die Straßennunnen in Moabit dadurch verursacht sind, daß der Vorwärts die Bevölkerung verhetzt habe. Was wissen Sie davon? — Ströbel: Das Wort „Verhehung“ ist ein von der reaktionären Presse gebrauchtes politisches Schlagwort. Der Vorwärts treibt keine Verhehung, er kritisiert die reaktionären Maßnahmen und das wird von den reaktionären Parteien als Verhehung bezeichnet. Die Sozialdemokratie hat nie Zweifel darüber gelassen, daß sie Putz- und lächerliche Zusammenkünfte mit der Polizei liegen nicht im Interesse der Partei, sondern im Interesse ihrer Gegner. — Staatsanwalt Streibrecht: Wie erklären Sie es, daß trotz der Erzählung, die Sie auf die Arbeiter ausüben, eine geschlossene Gruppe Schwefel Arbeiter, die doch zum großen Teil organisiert sind, einen Angriff auf Arbeitswillige und Schutzleute ausgeführt haben? — Ströbel: Das wird sich wohl aus den Umständen erklären lassen. Die Arbeiter werden wohl gereizt worden sein. Allerdings weiß ich nicht, ob eine geschlossene Gruppe einen Angriff gemacht hat. — Vom Verteidiger wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Behauptung des Staatsanwalts, eine geschlossene Gruppe Schwefel Arbeiter habe einen Angriff unternommen,

nach gar nicht erwiesen ist.

Rechtsanwalt Seine: Die Anklageschrift bezieht sich auf einen Artikel des Vorwärts, worin gesagt wird, wenn die Organisationen der Arbeiter aufgefordert worden wären, an der Wiederherstellung der Ruhe in Moabit mitzuwirken, dann würde es den Organisationen gelingen sein, die Ruhe in kurzer Zeit wieder herzustellen. Aus diesem Passus des Artikels folgert die Staatsanwaltschaft, daß der Vorwärts die Bevölkerung von Moabit an der Schürre habe und daß er die Unruhen veranlaßt habe. Wie ist der Satz des Artikels aufzufassen? — Ströbel: In dem Artikel ist nicht nur die Rede davon, daß man die sozialdemokratischen Organisationen, sondern auch, daß man die natürlich mitgewirkt haben, wenn man sie aufgefordert hätte. Ein Aufruf von uns würde auf den Janhagel nicht gewirkt haben. Wir hätten durch einen Aufruf allenfalls erreichen können, daß eine Anzahl unserer Parteigenossen als Ordner auf die Straße gegangen wären, um die Reuherigen zum Verlassen der Straße zu bewegen. Wir sind natürlich nicht der Meinung, daß Sozialdemokraten von Exzessen ferngehalten werden sollten, denn

Sozialdemokraten waren an den Exzessen nicht beteiligt. Auf eine weitere Frage der Verteidiger sagt der Zeuge: Wir konnten keine Ordner auf die Straße schicken, denn sie wären